

Gastbeitrag in der BaZ 2. April 2004

Privatschulen sind öffentlich

Autonome Schulen sind öffentlich und nicht privat

Privat heisst „nicht öffentlich“. Selbstverwaltete Schulen müssen aber **öffentlich für alle Kinder** sein, sonst erhalten sie keine Betriebsbewilligung.

Sie stehen unter staatlicher Aufsicht, sind jedoch verwaltungsmässig selbständig, autonom.

Die Öffentlichkeit und soziale Durchmischung kann aber nur garantiert werden, wenn alle dieselben finanziellen Mittel haben und somit für alle Schichten der Bevölkerung zugänglich sind. Der Staat darf die Öffentlichkeit nicht durch die finanzielle Hürde einschränken, sonst behindert er das Menschenrecht der freien Schulwahl für alle (Menschenrechtserklärung, Sozialpakt). Er fördert damit die Entwicklung zum Zweiklassensystem im Bildungswesen. Das Wohl des Kindes soll bei der Schulwahl absolute Priorität haben und nicht das Portemonnaie der Erziehungsberechtigten.

Wer nimmt wem Geld weg?

Wenn Staatsschulvertreter (Gemeinde Muttenz) behaupten, autonome Schulen wollen ihnen Geld wegnehmen, ist das eine einseitige Betrachtungsweise. Der Staat profitiert seit Jahrzehnten von selbstverwalteten Schulen, da er ihnen keine Subventionen gewährt und dies obwohl sie alle staatlichen Anforderungen erfüllen. Allein in BL wurden jährlich mehr als 6 Mio. Franken eingespart. Weil die Regierung erkannt hat, dass eine Rechtsungleichheit besteht, erhalten die Eltern seit 4 Jahren 2'000.- Franken pro Kind im Jahr (dieser Beitrag soll aber aus Spargründen schon wieder gekürzt werden). Die fortschrittlichen Gemeinden Reinach und Arlesheim beteiligen sich mit demselben Beitrag an die Unkosten, mehrere andere mit kleineren Beiträgen. Jura subventioniert autonome Schulen mit 40 %, LU hat seine Beiträge erhöht und ZG unterstützt mit ca. 25%. Im europäischen Vergleich steht die Schweiz mit Griechenland an letzter Stelle.

Alarmstufe rot für Bildungsvielfalt

In den letzten 3 Jahren sind in der Schweiz 5 autonome Schulen, die einkommensabhängige Beiträge von den Eltern verlangen, Konkurs gegangen. Gerade diese sozialen Schulen, die eine echte Alternative zur Staatsschule sind, weil sie ein anderes pädagogisches Modell anbieten, sind in ihrer Existenz bedroht. Die OECD empfiehlt der Schweiz schon lange, die Rahmenbedingungen für autonome Schulen zu verbessern, doch niemanden stört's. Kann es sich die Schweiz wirklich leisten, innovative Schulen zu ignorieren anstatt zu tolerieren?

Alle Schulen, egal ob staatlich, teilautonom oder autonom sollen für alle Erziehungsberechtigten frei wählbar sein. Sie alle entsprechen einem **Bedürfnis der Eltern und Kinder** und erfüllen einen Bildungsauftrag. Die Nachfrage soll das Angebot bestimmen, genauso wie das in allen skandinavischen Ländern selbstverständlich ist. Die Behauptung, nur das Staatsmonopol garantiere die Chancengleichheit, hat sich in der Schweiz nicht bestätigt. „In keinem Industrieland der Welt ist die Chancengleichheit so schlecht wie in der Schweiz“ Zitat von Stefan C. Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung. Grund: frühe Selektion und das Angebot bestimmt die Nachfrage. Schule darf nicht länger als „Veranstalter des Staates, der Politiker und der Wirtschaft“ angesehen werden, sondern als Aufgabe aller mündigen Bürgerinnen und Bürger.

Pia Amacher

Präsidentin der *elternlobby schweiz* (www.elternlobby.ch)

Vorstandsmitglied des *EFFE CH*(European Forum for Freedom in Education)

www.effe-eu.org

Mutter von drei Kindern

Lehrerin